



Liebe Leserinnen und Leser,

der Begriff der Generationengerechtigkeit hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Er ist geradezu zu einem politischen Leit-, aber auch Kampfbegriff avanciert, der mit Bedacht verwendet werden sollte. Dies im Blick, möchte die Perspektiefe eine Verbindungslinie zur Wohlstandsdebatte ziehen. Denn Christinnen und Christen stehen ein für eine Welt, in der Kinder und Enkel noch gut leben können – schuldenfrei, lastenarm, handlungsfähig. Der Appetit von Heute darf nicht zum verzehrenden Hunger von Morgen werden. „Wer voll brünstiger Gier ist, der ist wie ein

brennendes Feuer und hört nicht auf, bis er sich selbst verzehrt hat“, warnt der Autor im Buch Jesus Sirach (23, 22). Mit der Ausgabe wird der Versuch gemacht, exemplarisch Problemstellungen sichtbar zu machen, die hinter dem Begriff der Generationengerechtigkeit stehen. So etwa Fragen der Umverteilung, der sozialen Gerechtigkeit auch innerhalb der Generationen sowie die Frage nach orientierenden Leitmotiven einer generationengerechteren Gesellschaftsordnung. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr
Christian Schwindt



Karikatur: Gerhard Mester

STANDPUNKT

Der Preis der Ungleichheit

Spaltung der Gesellschaft aufhalten durch höhere Besteuerung Vermögender



»Diese neue Dimension von Ungleichheit birgt ein großes Gerechtigkeitsproblem, enormen sozialen Sprengstoff und eine Gefahr für unsere Demokratie.«

Dr. med Dieter Lehmkuhl

→ Die Beschäftigung mit dem Thema Ungleichheit ist stark ideologie- und interessen geprägt. Lange wurde die wachsende Ungleichheit daher von Teilen der Politik, der Medien und von als Denkfabriken getarnten Lobbygruppen verschwiegen, verharmlost, als notwendig gerechtfertigt oder als „Neiddebatte“ abgetan. Das ist nicht länger möglich. Die Fakten sind zu eindeutig. Mit dem letzten Armutsbericht der Bundesregierung und dem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis „UmFAIRteilen“ ist das Thema ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt und wird wohl auch den Wahlkampf bestimmen.

In keinem anderen Industrieland ist die Ungleichheit in den letzten zwölf Jahren so stark gestiegen wie hierzulande. In dieser Zeit sind bei den unteren Schichten und den Rentnern erstmals die Realeinkommen bzw. die Kaufkraft gesunken. Fast 90 Prozent der Bevölkerung sind inzwischen von den Zuwächsen des Sozialproduktes völlig abgekoppelt. Sie sind die Verlierer eines Systems und einer Politik, das, wie inzwischen selbst konservative Publizisten bestürzt einräumen, nur noch den Interessen einer kleinen Minderheit dient. Gründe dieser Entwicklung sind eine Steuersenkungs-

politik, die einseitig Reiche und Unternehmen begünstigt und eine starke Spreizung der Einkommen.

Diese neue Dimension von Ungleichheit ist bedrohlich für unser Land: sie birgt ein großes Gerechtigkeitsproblem, enormen sozialen Sprengstoff und eine Gefahr für unsere Demokratie. Das wirft Fragen nach der Legitimität eines Systems und einer Politik auf, die das gemeinsam erarbeitete Mehrprodukt so einseitig verteilen.

Vermögende haben ihren Wohlstand nicht allein geschaffen

Warum trete ich als Vermögender mit inzwischen 61 weiteren Vermögenden für eine einmalige zehnprozentige Vermögensabgabe und die dauerhafte Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer ein? Dies würde einmalig ca. 150 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte generieren und danach weiter 15 Milliarden Euro pro Jahr.

Als Wohlhabende sind wir Teil dieser Gesellschaft. Auch wir profitieren von der Infrastruktur, dem Bildungswesen, dem Rechtssystem und der Sicherheit unseres Landes. All dem verdanken wir u. a. unseren Wohlstand, den wir ja nicht allein geschaffen haben. Der selbst geschaffene Reichtum ist ein Mythos. Gerade die Bankenkrise zeigt, wie die Einkommen von Bankern

LITERATUR & LINKS

Statistisches Bundesamt:
Statistisches Jahrbuch 2012

Hessisches Sozialministerium:
Hessischer Landessozialbericht,
Wiesbaden, Mai 2012,
www.hsm.hessen.de

**Appell für eine Vermögens-
abgabe:** www.appell-
vermoegensabgabe.de

**Film „Du musst den Gürtel
enger schnallen“:** Der Kurzfilm
zeigt, wie Schulden- und
Vermögensverteilung in
Deutschland zustande kommen.
http://youtu.be/qz2Xt3NAPQU

**Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen
(Hrsg):** Handbuch Generationen-
gerechtigkeit, oekom Verlag,
München, 2003, www.generation-
engerechtigkeit.de

**Wolfgang Gründinger:
Wir Zukunftssucher**
Wie Deutschland enkeltauglich
wird, Edition Körber Stiftung,
September 2012

**Think Tank 30 des Club
of Rome:** www.tt30.de

**Tony Judt: Dem Land geht
es schlecht.** Traktat über
unsere Unzufriedenheit,
Hanser Verlag, Februar 2011

**Allianz Global Wealth
Report 2012:**
www.allianz.com

in krasserm Verhältnis zur ihrer Leistung stehen. Nie haben so wenige Menschen so großen Schaden ange-richtet und wurden so fürstlich „belohnt“. Auch Kapital-gewinne wie Zinsen und Dividenden sind „leistungs-lose“, d. h. ohne eigene Arbeit und Verdienst erzielte Einkommen. Sie werden zudem mit 25 Prozent Abgel-tungsteuer oft geringer besteuert als das Einkommen eines Facharbeiters.

Zur Finanzierung der Gemeinwohlaufgaben und der Staatsschulden muss die Finanzkraft des Staates durch Erhöhung der Einnahmen wieder gestärkt werden: um in dringende Zukunftsaufgaben wie Bildung, Gesundheit und Energiewende zu investieren, die Staatsverschul-dung zurückzuführen und damit demokratischer Politik erst wieder Gestaltungsspielraum zu ermöglichen.

Vermögende haben in der Regel vom Wirtschafts-boom und von der Spekulation auf den Finanzmärkten stark profitiert und damit zur Finanzkrise beigetragen. Wenn jetzt Vermögende und Banken kaum zur Finan-zierung der Folgekosten herangezogen und stattdes-sen die Lasten der Allgemeinheit aufgebürdet werden, ist das eine Verletzung elementarer Gerechtigkeits-prinzipien und des Verursacherprinzips.

Werte wie Solidarität und Teilhabe sind wichtige Bestandteile eines jeden Gemeinwesens. Das bedeu-tet: stärkere Schultern müssen stärkere Lasten tragen und die Besteuerung muss sich wieder nach der Lei-stungsfähigkeit der zu Besteuernden richten. Dies sind, wie die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums, Grundsätze unserer Verfassung.

Wir wissen inzwischen, dass Gesellschaften nur prosperieren können, wenn sie als ganze in der Balance sind. Die große empirische Untersuchung von

Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) zu den Folgen von (Einkommens)Ungleichheit zeigt: gleichere Gesellschaften sind besser für (fast) alle. Nicht nur schlechte Gesundheit und Gewaltakte sind in unglei-cheren Gesellschaften häufiger: Sie schneiden auch bei einer Vielzahl von anderen Indikatoren schlechter ab: Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Fettsucht, schulische Leistungen, Teenager-Schwangerschaften, Tötungsdelikte, Rate der Gefängnisinsassen und soziale Mobilität. Es gibt weniger Vertrauen und sozialen Zusammenhalt. Die Ursache dafür ist, sehr vereinfacht und verkürzt ausgedrückt, erhöhte Statuskonkurrenz, die die Menschen vermehrt unter Druck setzt, angetrieben durch große Ungleichheit. Auch Joseph Stiglitz, US Nobelpreisträger für Wirtschaft, weist in seinem neuen Buch „Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht“ darauf hin: gleichere Gesell-schaften sind ökonomisch und sozial stabiler und zei-gen ein höheres Wachstum, weil sie mehr in Bildung für alle investieren und dadurch das Potenzial ihrer Men-schen besser entfalten.

Große Ungleichheit zerstört die soziale Matrix einer Gesellschaft. Das kann niemand wirklich wollen, auch Wohlhabende nicht, soweit sie sich ihrer ge-sellschaftlichen Verantwortung und dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und nicht um ihres eigenen vermeint-lichen Vorteils willen eine politische und soziale Krise riskieren wollen.

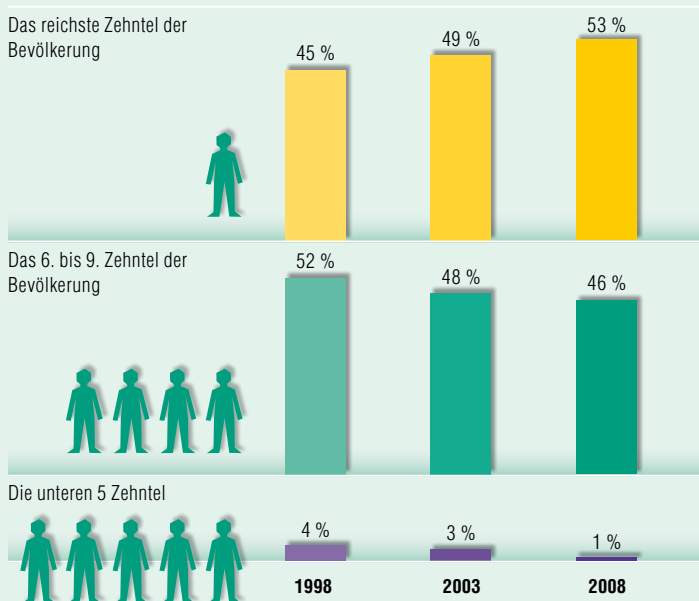
Dr. med Dieter Lehmkuhl

Initiative „Appell für eine Vermögensabgabe“
www.appell-vermoegensabgabe.de

HINTERGRUND

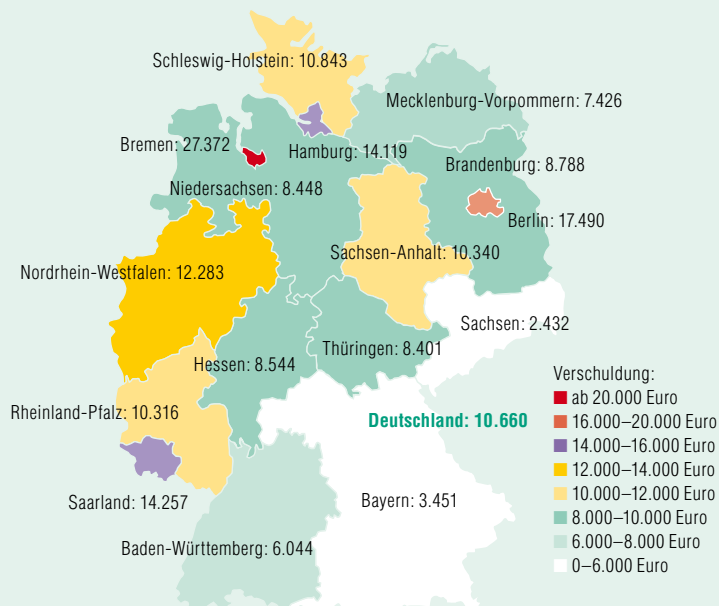
Vermögen ungleich verteilt

Von den Nettovermögen in Deutschland entfallen auf ...



Quelle: Statistisches Bundesamt auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, 2012

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2010 je Einwohner/-in, in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2012

Grafiken: magascreen.com

Wir müssen über Umverteilung reden ...

Zwei Einschätzungen

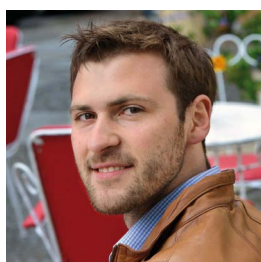
Die Zahl der Einkommensmillionäre wächst und gleichzeitig gibt es immer mehr arme Menschen. Vor dem Hintergrund öffentlicher Armut und zunehmender Ungleichheit und der daraus erwachsenden Belastungen nehmen Wolfgang Gründinger von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und Jochen Ruoff von der Ev. Jugend in Hessen und Nassau Stellung zur Zukunft der heute lebenden Menschen und der der nächsten Generationen.

Plädoyer für einen Zukunftssoli

→ **Wir müssen über Umverteilung reden. Es gibt unter den Alten nicht nur die bedürftige Omi, sondern auch viele Reiche. Und die müssen einen Obolus abgeben. Denn wir sind jung und brauchen das Geld.**

Die Armut hat sich von den Alten auf die Jungen verschoben. Erhebungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen: Jedes sechste Kind wächst in materieller Armut auf. Jeder vierte junge Erwachsene lebt unter der Armutsschwelle. Die Älteren haben dagegen im Schnitt mehr Einkommen und Vermögen. Von „relativer Armut“ – einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des Durchschnitts – sind nur halb so viele Ältere betroffen wie in der gesamten Bevölkerung.

Klar: Wir sind die Erbgeneration. Aber das Erbe ist ungleich verteilt. Die meisten erben wenig bis gar nichts. Zweitens hinterlassen die Alten ihren Kindern



»Von ›relativer Armut‹ sind nur halb so viele Ältere betroffen wie in der gesamten Bevölkerung.«

Wolfgang Gründinger

nicht mehr so viel wie früher. Weil die heutigen Ruheständler länger Rente beziehen und mehr für Hobbys und Reisen ausgeben, ist das Ersparte schneller konsumiert. Drittens tritt die nachfolgende Generation das Erbe später an als in früheren Zeiten: Heute sterben die Menschen mit 80 oder 90 Jahren; ihre Kinder sind dann 50 bis 60 Jahre alt – ein Vererben an die „junge“ Generation ist das nicht.

Mein Vorschlag: Der Staat erhebt einen „Zukunftssoli“ in Form einer höheren Steuer auf sehr große Erbschaften und einer Steuer auf Finanzgeschäfte. Die Einnahmen fließen in Kinderbetreuung und Bildung. Diese Investition in die junge Generation lohnt sich – für alle.

Wolfgang Gründinger

Sprecher der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und Mitglied im Think Tank 30 des Club of Rome | www.srzg.de

Es muss in die Zukunft von Jugendlichen investiert werden

→ **Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen. Dieser Satz gilt auch in der Frage der Chancengerechtigkeit im Blick auf die junge Generation. Der Zugang zu Bildung, zu Angeboten im kulturellen Bereich und zu den Sozialen Netzwerken hängt unmittelbar mit den ökonomischen Rahmenbedingungen zusammen.**

Mit der Tatsache, dass wir eine steigende Kinderarmut feststellen müssen und diese Kinder wenig Chancen haben, sich aus dieser Situation zu befreien, steigt die Gefahr, dass sich eine neue Gesellschaftsstruktur entwickeln wird.

In dieser „neuen Gesellschaft“ wird es Menschen geben, die arm geboren werden, arm leben und arm sterben werden. Und es wird diejenigen geben, die in Reichtum geboren werden, reich leben und reich sterben. Die Armen werden den Nachkommen bestenfalls nichts oder einen Schuldenberg hinterlassen, die Reichen hinterlassen ihren Nachkommen ein Leben im sorglosen Wohlstand.



»Damit hätte die junge Generation die Chance, aus ihrer unverschuldeten Armutssituation in ein selbstbestimmtes Leben zu wechseln.«

Jochen Ruoff

Die „Hartz IV“-Gesetze haben einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung, weil die schrittweise entstandene Armut selbst bei Wiederbeschäftigung schwer umzukehren ist.

Jugendliche reagieren auf diese Entwicklung aufmerksam und sensibel. Rückzug ins Private wird dem Aufbegehren gegen die Ungerechtigkeit vorgezogen. Sie sind dann nicht mehr erreichbar.

Es wäre ein selbstverständlicher Akt von Gerechtigkeit, einen Teil des Reichtums von Unternehmen und Privatpersonen an die Gesellschaft zurück zu geben. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen zu investieren. Damit hätte die junge Generation die Chance, aus ihrer unverschuldeten Armutssituation in ein selbstbestimmtes Leben zu wechseln.

Jochen Ruoff

Geschäftsführer der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e. V. www.ejhn.de

Wohlstand und Generationengerechtigkeit

Eine Perspektive aus christlicher Sicht

➔ Die ethisch-politische Architektur der globalisierten Moderne ist ins Wanken geraten. Insbesondere die Zukunftsfähigkeit des westlichen Zivilisationsmodells steht gegenwärtig auf dem Prüfstand, da sich Wohlstandssicherung zunehmend als abhängige Variable der Naturverhältnisse sowie der dynamischen Einheit von Wettbewerb (Markt) und Solidarität (Moral) erweist.

Die Frage der Generationengerechtigkeit entwickelt sich dabei immer mehr zu einer Art Leitfrage im gesellschaftspolitischen Diskurs, da deutlich wird, dass Wohlstandssicherung nur im Rahmen eines (neuen) globalen Gesellschafts- und Generationenvertrags erfolgen kann, der den komplexen Vernetzungen von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen gerade mit Blick auf die folgenden Generationen Rechnung trägt. Dies macht aber erforderlich, dass bisher gewohnte Deutungs- und Orientierungsmuster überprüft werden müssen und Gesellschaften genötigt sind, sich neu der Grundlage ihres Selbstverständnisses und damit ihrer Zukunftsfähigkeit zu vergewissern. Gerade weil der Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann (Ernst-Wolfgang Böckenförde), ist es dabei unabdingbar, über eine gesellschaftliche Übereinkunft (Ethos) in generationsübergreifender Perspektive nachzudenken. Rousseau würde hier wohl vom allgemeinen Willen einer Gesellschaft sprechen. Es ist sachgemäß, dass sich die christlichen Kirchen hier aktiv einbringen und ihre Sicht auf die Dinge öffentlich artikulieren.

Wohlstand endet nicht an der Lebenszeit einer Generation

Aus christlicher Sicht ist dabei zunächst ganz allgemein daran zu erinnern, dass dem Menschen und der gesamten Schöpfung eine Zukunft in Gott zugesagt ist. Die Hoffnung des christlichen Glaubens richtet sich dabei nicht auf die Erlösung von der geschöpflichen Wirklichkeit, sondern auf deren heilsame Verwandlung. Dabei spielt der Gedanke der Teilhabe, aber auch Fragen der Aufrechterhaltung von Handlungsoptionen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen, mit Blick auf ein gutes Leben eine wichtige Rolle. Das christliche Verständnis gründet in der den Menschen geschenkten Teilhabe an der Wirklichkeit Gottes, die keine Zeitbeschränkung und damit Generationengrenze kennt. Die Bibel hebt die unverlierbare Würde eines jeden geschaffenen Menschen hervor und erinnert daran, dass die in der Zeit gewordenen Güter (z. B. natürliche Ressourcen) als Schöpfung Gottes im Grunde als unverdientes, geschenktes Gut verstanden werden müssen – sozusagen ohne Vorleistung treuhänderisch übergeben. Wird den Menschen so Teilhabe an Schöpfungsgaben geschenkt, ohne dass sie selbst etwas dafür tun müssten, so ist es ihre Aufgabe, dies in ihrem Leben fruchtbar zu machen – für sich selbst, für das generationenübergreifende Gemeinwohl und für zukünftige Generationen. Klar dürfte dann aber sein, dass der Begriff „Wohlstand“ nicht an meiner Lebenszeit oder der Lebenszeit einer bestimmten Generation endet. Sicher, der Begriff „Wohlstand“ ist erklärungsbedürftig, doch er ist in jedem Falle sowohl innergenerationell als auch intergene-

rationell zu durchdenken. Dabei ist die alleinige Orientierung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht ausreichend und zielführend. Er ist mit weiteren Indikatoren durchzudeklinieren (vgl. zum Beispiel den Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) wie z. B. Einkommensverteilung, unbezahlte Hausarbeit, öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen, Bildung, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Aspekte der Technikfolgeabschätzung und Kosten des Klimawandels), weil eine ausschließlich quantitative Beschreibung gesellschaftlichen Wohlstandes gerade auch die mit dem Thema Generationengerechtigkeit gestellten Fragen ungenügend illustriert.

Nach christlichem Verständnis ist Politik unter anderem daran zu messen, wie sie die gesellschaftliche Teilhabe gegenwärtiger und zukünftiger Generationen ermöglicht und sichert. Die christlichen Kirchen treten für ein intergeneratives und damit integriertes Wohlstandsmodell ein, als Aufgabe einer offenen Gesellschaft, die (soziale) Gerechtigkeit und Fairness zu ihren Leitprinzipien erklärt.

Dabei spielt ein weiterer christlicher Leitgedanke eine wichtige Rolle, den das Matthäusevangelium so formuliert: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ (Kap. 25). Nach christlicher Auffassung fußt eine nachhaltige und soziale Marktwirtschaft auf einem Gesellschafts- und Generationenvertrag, der die Verbesserung der Situation der ärmsten und schwächsten Mitglieder in einer Gesellschaft zu einer ihrer vornehmsten Aufgaben erklärt. Keiner darf verloren gegeben werden.

Um das Thema Wohlstand im Sinne eines „generationengerechten Fußabdrucks“ angemessen zu gestalten, bedarf es in jedem Falle einer internationalisierten Politik, die verbindliche und intergenerationentaugliche Rahmenbedingungen zu setzen vermag, einer menschenfreundlichen Wirtschaft, die den Menschen von heute und morgen dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören und eines dienenden, demokratischen Finanzsystems, das sich in den Dienst dieser Aufgaben stellt (vgl. hier auch EKD-Text 100 „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“). Dabei ist dann sogar ein maßvolles Schuldenmachen ethisch durchaus vertretbar; dann nämlich, wenn damit volkswirtschaftlich gesehen sicher gestellt wird, dass Teilhabe und Handlungsoptionen auch in der nächsten Generation gesichert und gefördert werden. Perspektiven können so geschaffen und Produktivität realisiert werden. Damit allerdings die nächste Generation nicht in eine ausweglose „Schuldknechtschaft“ gerät, ist zweifelsfrei auch innergenerationell über Maßnahmen nachzudenken, die sowohl die Ausgabenseite – was muss öffentlich in welcher Höhe finanziert werden? – als auch die Einnahmenseite – was ist Leistungsträgern einer Gesellschaft mit Blick auf das Gemeinwohl Aller gerechterweise finanziell zuzumuten? – in den Blick zu nehmen. Eines scheint jedenfalls klar: der Versuch die Wohlstandsfrage aus pragmatischen Gründen verkürzen zu wollen und nur einer Generation vorzubehalten, hat so wenig Aussicht auf Nachhaltigkeit, wie ein Strich im Sand.



»Nach christlichem Verständnis ist Politik unter anderem daran zu messen, wie sie die gesellschaftliche Teilhabe gegenwärtiger und zukünftiger Generationen ermöglicht und sichert.«

Pfarrer Christian Schwindt

rationell zu durchdenken. Dabei ist die alleinige Orientierung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht ausreichend und zielführend. Er ist mit weiteren Indikatoren durchzudeklinieren (vgl. zum Beispiel den Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) wie z. B. Einkommensverteilung, unbezahlte Hausarbeit, öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen, Bildung, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Aspekte der Technikfolgeabschätzung und Kosten des Klimawandels), weil eine ausschließlich quantitative Beschreibung gesellschaftlichen Wohlstandes gerade auch die mit dem Thema Generationengerechtigkeit gestellten Fragen ungenügend illustriert.

Pfarrer Christian Schwindt | Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung